

Wir und das CO₂

geschrieben von Admin | 24. September 2023

von Eike Roth

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industriellen Revolution von 280 auf 420 ppm gestiegen. In dieser Zeit haben wir Menschen sogar die doppelte Menge an CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt. Und genau so geht es offensichtlich auch weiter: Heute setzen wir 5 ppm/a frei und die Konzentration steigt um 2,5 ppm/a.

Diese Zahlen sind m. E. unstrittig. Aber bei ihrer Interpretation scheiden sich die Geister: Die Einen meinen, sie würden beweisen, dass immer die Hälfte der anthropogenen Freisetzungen langfristig in der Atmosphäre verbleibt. Die Konzentration würde daher immer weiter steigen, solange wir CO₂ freisetzen. Daher dürften wir, um die Erwärmung auf einen bestimmten Wert zu begrenzen, ein „festes CO₂-Budget“ nicht überschreiten, und wenn das ausgeschöpft wäre, dann müssten wir unsere Freisetzungen zwingend vollständig einstellen. Die Anderen meinen, die Zahlen würden beweisen, dass wir unsere Freisetzungen gerade nicht vollständig einstellen müssen. Schon wenn wir sie um 2,5 ppm/a reduzieren, würde gleich viel CO₂ wieder entnommen werden wie freigesetzt wird, und die Konzentration würde dann trotz fortgesetzter Freisetzung nicht mehr weiter steigen. Für die Klimastabilisierung würde das auf jeden Fall reichen, wird gesagt.

Beides ist m. E. nach den Regeln der Logik aber klar falsch. Damit die Hälfte unserer Freisetzungen langfristig in der Atmosphäre verbleibt, müssen m. E. drei Voraussetzungen unbedingt erfüllt sein:

1. Unsere Freisetzungen müssen die einzigen sein, die hinzugekommen sind.
2. Die Speicher, auf die sich das in die Atmosphäre freigesetzte CO₂ anschließend verteilt, müssen alle zusammen genommen gerade so groß sein wie die Atmosphäre.
3. Unsere Freisetzungen müssen in ein abgeschlossenes System gehen, das als einzige Verbindung nach außen die anthropogenen Freisetzungen hat.

Voraussetzung 1 kann schon deswegen nicht erfüllt sein, weil zumindest die allgemeine Erwärmung unabänderlich das Ausgasen von CO₂ aus dem Ozeanwasser erhöht hat, wodurch auch immer sie zustande gekommen ist. Weitere Veränderungen der Freisetzungen aus natürlichen Quellen sind aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen eher wahrscheinlich, z. B. mehr CO₂ aus der Biomasse, oder infolge von Umlagerungen von Meeresströmungen, oder durch vulkanische Ausgasungen. „Nur die anthropogenen Freisetzungen“ gilt daher wohl auf keinen Fall.

Bei Voraussetzung 2 muss zunächst geklärt werden, welches denn überhaupt die Speicher sind, in die Teile des erhöht freigesetzten CO₂ weitergeleitet werden: Es sind die Biomasse und die oberflächennahe Ozeanschicht. Sie stehen mit der Atmosphäre in intensivem CO₂-Austausch („kurzer Kohlenstoffkreislauf“). IPCC gibt im AR 6, Fig. 5.12, folgende Inventare an: Atmosphäre 870 Gt C, Biomasse 450 Gt C in der Vegetation, zuzüglich 1200 Gt C im Permafrost und 1700 Gt C im Boden, und oberflächennahe Ozeanschicht 900 Gt C, zuzüglich 3 Gt C in marinen Lebewesen. Auch wenn man konservativerweise vom Permafrost und vom Boden nichts dem kurzen Kohlenstoffkreislauf zurechnet, sind die „anderen Speicher“ mit zusammen 1353 Gt C klar größer als die Atmosphäre mit 870 Gt C. 50 % Verbleib geht daher schon rein deswegen nicht. Wenn man außerdem berücksichtigt, dass ja nur ein Teil dieser Freisetzungen die anthropogenen Freisetzungen sind (Voraussetzung 1), dann verbleibt von den letzteren nur ein noch viel kleinerer Teil in der Atmosphäre. Voraussetzung 2 ist also wohl auch klar nicht erfüllt.

Voraussetzung 3 schließlich ist sicher nicht erfüllt, weil die Atmosphäre, die Biomasse und die oberflächennahe Ozeanschicht eindeutig kein abgeschlossenes System sind. Nach IPCC tauschen sie sogar mehr CO₂ mit dem tiefen Ozean aus, als untereinander. Allerdings hat dieser Austausch eine Besonderheit: Es erhöht sich zwar der Transfer in den tiefen Ozean unmittelbar mit einem erhöhten Angebot an Kohlenstoff, infolge der riesigen Größe des tiefen Ozeans und der langsamen Meeresströmungen in ihm reagiert der Rücktransport aus ihm auf eine solche Störung aber nur mit einer Verzögerung von 500 bis 1000 Jahren. Solange entnimmt der tiefe Ozean mehr als er zurückgibt, und dieser Unterschied wird umso größer, je höher die Konzentration wird. Er wirkt damit jeder Konzentrationserhöhung massiv entgegen. Um 50 % konnte die Konzentration überhaupt nur ansteigen, indem eine weitere wesentlich verstärkte Freisetzung hinzugekommen ist. Und weil der Anstieg so langfristig angehalten hat, muss diese Freisetzung auch selbst immer größer geworden sein.

Es sind also wohl alle drei Voraussetzungen eindeutig nicht erfüllt. Der Anstieg der Konzentration um 2,5 ppm/a kann daher ebenso eindeutig nicht die Folge der Zurückhaltung von 50 % der anthropogenen Freisetzungen sein. Vielmehr kann er nur die Folge der Zurückhaltung eines viel kleineren Prozentsatzes einer viel höheren Freisetzung sein, die außerdem auch noch stark wächst. Es kann daher auch nicht zielführend sein, unsere Freisetzungen um 2,5 ppm/a zurückfahren, oder sie gar ganz einzustellen. Solange nicht auch die Natur ihr Wachsen einstellt, würde die Konzentration immer noch weiterwachsen. Da wir über die Ursachen der in der Erdgeschichte oft noch viel stärkeren Veränderungen der CO₂-Konzentration kaum Bescheid wissen, können wir auch nicht vorhersagen, wie sich die natürlichen Freisetzungen und damit die Konzentration zukünftig entwickeln wird. Nur unsere Freisetzungen haben darauf höchstens einen vernachlässigbaren Einfluss. Wir können die Vorteile der Nutzung fossiler Energien also ohne schlechtes Gewissen ausnutzen.

Und weil die Konzentration vorwiegend von natürlichen Quellen bestimmt wird, kann es auch kein „festes CO₂-Budget“ für die anthropogenen Freisetzungen geben, wie eng auch immer der Zusammenhang zwischen CO₂-Konzentration und Klima sein mag. Alle sich darauf berufenden getroffene Entscheidungen und Forderungen verlieren ihre Berechtigung.

Energiepolitischer Selbstbetrug in Deutschland und Frankreich

geschrieben von Admin | 24. September 2023

von Edgar L. Gärtner

Allemagne

aggrégé 16 septembre 2023

448 g

Intensité carbone
gCO₂eq/kWh

62%

Bas carbone

62%

Renouvelable

France

aggrégé 16 septembre 2023

22 g

Intensité carbone
gCO₂eq/kWh

98%

Bas carbone

21%

Renouvelable

Dieses Schaubild vergleicht die Kohlenstoffintensität der Elektrizitätserzeugung in Deutschland und Frankreich am 16. September 2023. Die deutsche Wirtschaft setzt danach einen fast genau dreimal so hohen Anteil „erneuerbarer“ Energien ein wie die französische und könnte sich dazu, im Einklang mit der herrschenden grünen Ideologie, selbst beglückwünschen. Vergleicht man aber die Kohlenstoffintensität (Gramm CO₂ je Kilowattstunde), ergibt sich ein ganz anderes Bild: Deutschland pustet je Kilowattstunde Elektrizität nicht weniger als 20 mal mehr CO₂ in die Atmosphäre als Frankreich. (Das ist allerdings nur eine Momentaufnahme und keine Angabe für den Jahresdurchschnitt.) Dieses Missverhältnis kommt offenbar daher, dass die deutsche Politik zwar 600 Milliarden Euro in die „Erneuerbaren“ investiert hat (das sind 60 Prozent der gesamten europäischen Investitionen für diesen Zweck), aber gleichzeitig vollständig aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Das

schwankende Dargebot der „Erneuerbaren“ kann deshalb in Deutschland nur durch den Einsatz von Kohle oder Gas ausgeglichen werden – in jüngster Zeit immer mehr durch Braunkohle. Deutschland leistet sich offenbar ein extrem teures System des Selbstbetrugs, das an die Geschichten der Bürger von Schilda erinnert.

Vor Selbstbetrug sind aber auch die Politiker und ihre Wähler auf der anderen Seite des Rheins nicht gefeit. Nach Aussage des ehemaligen Chefs des französischen Strom-Monopols haben die Franzosen in den letzten 30 Jahren ihre Augen vor der Tatsache verschlossen, dass die deutsche Politik mithilfe der EU alles unternommen hat, um die Vorteile des französischen Systems der Elektrizitätsversorgung zu untergraben und das nationale Unternehmen EDF letzten Endes in den Ruin zu treiben. Die deutschen Politiker konnten in ihrer großen Mehrheit nicht akzeptieren, dass vor ihrer Haustüre ein Wettbewerber agiert, der sie in Puncto Effizienz und Umweltfreundlichkeit weit in den Schatten stellt. So führte die französische Regierung im Jahre 2003 mithilfe der französischen Grünen (die bei vielen französischen Freunden der Kernkraft nicht von Ungefähr als deutsche Agenten gelten) die „Contribution au Service Public de l'Électricité (CSPE) ein, die auf die Stromrechnungen der Haushalte aufgeschlagen wird. Diese Abgabe dient zu 80 bis 90 Prozent der Finanzierung der „Erneuerbaren“, obwohl die französische Stromversorgung wegen ihrer guten CO₂-Bilanz so etwas gar nicht nötig hätte.

Noch einschneidender ist das im Jahre 2010 von der Pariser Regierung auf Druck Brüssels erlassene Gesetz NOME (Nouvelle Organisation du Marché de l'Électricité), das EDF zwingt, Strom unterhalb seines Gestehungspreises an künstlich herangezüchtete Konkurrenten abzugeben. Henri Proglie erzählt, ursprünglich habe man ihm nur 36 Euro je Megawattstunde zahlen wollen. Nach zähen Verhandlungen habe man sich auf 42 Euro geeinigt. Der wirkliche Selbstkostenpreis des französischen Nuklearstroms liege aber bei Berücksichtigung aller Nebenkosten wie Wartung, Reparatur, Rückbau und Erneuerung bei 60 bis 65 Euro je Megawattstunde. Die stattdessen vorgeschlagenen 36 Euro hätten nur die unmittelbaren Produktionskosten abgedeckt.

Obwohl der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seit dem vergangenen Jahr wiederholt angedeutet hat, der Fortentwicklung der Kernenergie wieder Priorität einzuräumen, gibt es bislang nur zaghafte Schritte in diese Richtung. Offenbar passt die mit der Kernenergie verbundene Perspektive eines Energieangebots im Überfluss zu günstigen Preisen nicht zum malthusianistischen Narrativ des World Economic Forum (WEF), das Macron zum Young Global Leader erkoren hat. Wie andere Führer des ehemals freien Westens muss er dafür sorgen, dass Strom knapp und teuer bleibt. Denn so lassen sich die Untertanen besser durch wirtschaftliche Erpressung disziplinieren und systemkonform steuern.

Streitfall Infraskall – ein unterschätztes Problem der Windkraft

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Schutz – und Vorsorgepflichten werden ignoriert

Es klappern die Mühlen – nein, sie dröhnen, wenn der Wind weht. Immer größer werden die Anlagen, immer größer die Emissionen an Schall, Infraskall und Körperschall und immer geringer die Abstände zur Wohnbebauung. Den Staat interessieren die Folgen nicht. Dabei kann Infraskall die Gesundheit schädigen.

von Frank Hennig

Unzählige Themen werden von unseren sogenannten Qualitätsmedien inzwischen als „umstritten“ bezeichnet, besser gesagt: abgestempelt. Dabei hat dieses Adjektiv seinen an sich neutralen Charakter verloren. Umstritten sind die Atomkraft, die Gentechnik, der Verbrennerantrieb und Hans-Georg Maaßen beispielsweise. Auffällig ist, dass Sachverhalte, die wirklich umstritten sind, aus politisch-medialen Kalkül heraus so nicht bezeichnet werden. Mehr als tausend Bürgerinitiativen kämpfen in Deutschland gegen den exzessiven Ausbau der Windkraft, aber die Formulierung „umstrittene Windkraft“ wird man in den regierungsbegleitenden Medien kaum finden.

Es gibt viele Gründe, Kritik an der ausufernden Nutzung der Windkraft zu üben. Mitnichten sind die Mühlen emissionsfrei. Schall, Infraskall, Körperschall, Mikroplastik belasten die Umgebung während des Betriebes. Bei Montage und Demontage kommen viele Schwerlasttransporte und Bautransporte sowie deren Belastungen und Emissionen hinzu. Hunderte Fahrten von Betonmischfahrzeugen sind für ein einziges Fundament nötig, jeweils mit der Menge von 100 Säcken Zement im Mischer. Der massenhafte Ausbau ist eine einzigartige Materialschlacht. Die Emissionen bei der Herstellung der Anlagen – von der Gewinnung Seltener Erde fürs Neodym bis zur emissionsreichen Herstellung von Stahl und Zement – bleiben meist unbeachtet. Diese finden oft im Ausland statt und belasten nicht die deutsche Vorgarten-Atmosphäre.

Ein wichtiger Grund, der vor allem anwohnende Betroffene auf die Palme treibt, sind die Schallemissionen. Zum einen ist der hörbare Schall mit dem typischen Geräusch je nach Windrichtung und Entfernung von der Wohnbebauung lästig. Dagegen kann man sich schützen durch gute Fenster und Türen sowie Vermeidung von Aufenthalt im Freien. Schutzlos hingegen

ist man gegen den Infraschall, der unter der Wahrnehmungsschwelle von 16 Hertz (Schwingungen pro Sekunde) emittiert wird, aber dennoch Wirkung entfaltet. Die Besonderheit der Schallemissionen der Windkraftanlagen (WKA) besteht in seinem „gepulsten“ Charakter, das heißt, es ist kein gleichmäßiges Geräusch, sondern von intermittierender Stärke. Bei jeder Umdrehung des Rotors laufen die Flügel einmal am Turm vorbei, wobei es zu einer kurzen Unterbrechung der Windströmung kommt, da der Turm ein Hindernis darstellt und ein Luftstau vor ihm entsteht. Durch diese Änderung der Druckverhältnisse werden die Blätter in Schwingungen versetzt, die sie im weiteren Verlauf der Kreisbewegung beibehalten und an die Luft weitergeben. Die Blattspitzen sind der am stärksten schwingende Bereich der Rotorblätter.

Tief und tiefer

Der neben dem hörbaren Schall entstehende Infraschall umfasst einen Frequenzbereich von 16 bis unter 1 Hertz. Mit zunehmender Anlagengröße und immer längeren Rotorblättern sinkt diese Frequenz tendenziell weiter ab (längere Flügel schwingen langsamer), dafür nimmt der Schalldruck auf Grund der größeren Masse der Rotorblätter zu. Die Wellenlänge bei solchen Frequenzen liegt bei 20 Metern und mehr, das entspricht in etwa den Abmessungen von Gebäuden, so dass Resonanzen entstehen und auch innerhalb von Gebäuden keine Abschirmung stattfindet. Ähnliche Wirkung kennt man aus dem hörbaren Schallspektrum, etwa wenn der Nachbar in einem Mehrfamilienhaus seine Audio-Anlage aufdreht und als Wirkung die Bässe die Wände durchdringen, die hohen Töne hingegen nicht.

Infraschall ist in der Regel nicht wahrnehmbar, es sei denn, es wird ein Schalldruck von 100 Dezibel (dB) oder mehr erreicht, das ist dann schon die Schmerzgrenze.

Nicht die absolute Entfernung zur Wohnbebauung allein ist für die Beeinträchtigung maßgebend, auch die Ausbreitungsbedingungen der Schallwellen. Neben der aktuellen Wetterlage spielt das Geländeprofil mit entsprechenden Reflexionen eine Rolle. Zudem werden heute WKA fast immer in Gruppen aufgestellt, wodurch sich Schallwellen überlagern, es gibt Interferenzen mit Abschwächung oder Verstärkung der Wellen. Das kann zur Folge haben, dass Häuser, die weiter entfernt von den WKA stehen, stärker belastet werden als Gebäude in geringerer Entfernung. Die Reichweite des Infraschalls kann nach Angaben einer finnischen Studie zehn Kilometer überschreiten. Die Nichthörbarkeit bedeutet nicht, dass der Infraschall keine Wirkung entfaltet. An dieser Stelle gehen die Einschätzungen verschiedener Studien weit auseinander. Während das Bundesumweltamt und von der Windbranche beauftragte Studien zum Ergebnis kommen, dass der Energieinhalt des von WKA emittierten Infraschalls viel zu gering sei, um Gesundheitsschäden zu bewirken, sehen das internationale Studien, Ärzte und betroffene Bevölkerung anders. Die Wahrheitssuche wird durch die unterschiedliche Sensibilität der Betroffenen erschwert. Während manche Menschen relativ unbeeindruckt bleiben, werden andere ernsthaft chronisch krank.

Infraschall wird im Unterbewusstsein wahrgenommen und kann im Körper pathogenes Potenzial entfalten. Der Brustkorb hat eine Eigenfrequenz von 6 bis 12 Hertz, der Bauch von 0,8 bis 4, der Kopf ebenso („Kompendium der Flugmedizin“, 2002). Liegt der Mensch in einem durch Körperschall niedrigfrequent schwingenden Bett, so treten Resonanzen auf und diese Körperteile schwingen mit. Es entstehen Mikrozirkulationsstörungen und der Körper versucht instinktiv, durch Muskelspannung diese Schwingungen zu unterbrechen, was der Schlafqualität abträglich ist. Der Körper interpretiert den Infraschall als Gefahr und gerät in einen unbewussten Alarmzustand. Die Erlebnisberichte sind eindrucksvoll (siehe im Beitrag eingebettetes Video). Oft müssen sich Betroffene auf eine Ärzte-Odyssee begeben, da die Ursachen nicht konkret feststellbar sind.

Akut und chronisch

Die entstehenden Beschwerden sind vielfältig und individuell verschieden. Schwäche, Übelkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Migräne, Konzentrationsprobleme, Herzrhythmusstörungen, Bluthochdruck, Atemnot, Schlafstörungen, RLS (restless legs syndrom), Immundefizite, zeitweise Sehstörungen, Symptome ähnlich der Seekrankheit können die Folge sein. Unter Ärzten hat sich die Abkürzung WTS (Windturbinensyndrom) eingebürgert, als Diagnoseschlüssel für die Krankenkassen bietet sich T75.2 (Infraschall) an.

Die Universität in Mainz beaufschlagte Herzmuskelgewebe mit Infraschall und stellte als Folgewirkung eine erhebliche Schwächung des Gewebes fest.

Öffentlich bekannt wurde das Thema durch Ereignisse in einer Nerzfarm in Dänemark. In der Nacht zum 6. Dezember 2013 wurden nach der Inbetriebnahme mehrerer WKA bei Westwind die Tiere aggressiv und biss sich zum Teil gegenseitig tot. Später wurden Missgeburten und Missbildungen festgestellt. Folge war ein längerfristiges Ausbaumoratorium für die Windkraft in Dänemark. Berichte über abnormales Verhalten von Weidetieren und Hütehunden und von Missgeburten bei Rindern sind bekannt. Wildtiere meiden die nähere Umgebung von WKA.

Wie bei allen negativen Folgen, die der Ausbau der Windkraft mit sich bringt, versuchen die Medien in ihrer Tendenzberichterstattung dieses Thema zu ignorieren oder als Aktivität von Energiewendegegnern und Quertreibern zu denunzieren. Das greift zu kurz, denn der Widerstand ist europäisch, sogar global, wenn man an die Fischer in Mexiko denkt, wo aber weniger der Infraschall, dafür mehr ihre Existenz im Mittelpunkt steht.

Der Windkonzern Enercon zahlte in Irland eine Abfindung an sieben Familien, die vor dem High Court Klage eingereicht hatten (FAZ vom 11. September 2017). Das französische Appellationsgericht in Toulouse gab in einem Urteil vom 8. Juli 2021 Klägern Recht, die auf Feststellung

gesundheitlicher Auswirkungen des Infraschalls von WKA geklagt hatten. Ein Schadensersatzanspruch wurde bestätigt. Die Betroffenen wohnen 700 bis 1.300 Meter von WKAs entfernt, Distanzen, die in Deutschland bald unterschritten werden sollen.

Weder Ochs noch Esel ...

Die deutsche Energiewende in ihrem Lauf soll natürlich durch nichts behindert werden. Bezeichnend ist, dass gerade in den Ländern mit großem Ausbau an Windenergie – Dänemark und Deutschland – die wenigsten Untersuchungen zu diesem Thema stattfinden. Anstelle Erkenntnisse gewinnen zu wollen, die Zusammenarbeit und Lösungen zu suchen, reagiert die Branche aggressiv. Die gesundheitlichen Beschwerden entstünden aus der Ablehnung der Windkraft heraus, es seien sogenannte kommunizierte Krankheiten psychosomatischer Natur.

Selbst wenn das in Einzelfällen zutreffen sollte, ist es schäbig, nachweislich erkrankte Menschen in ganzer Gruppe als „psycho“ oder „bekloppt“ hinzustellen. Nicht einmal eine gründliche Untersuchung der Ursachen wird angestrebt. Es sei ein Nocebo-Effekt (Einbildungskrankheit), Nimbys mit unangemessenem Sozialverhalten würden die Anlagen nur in ihrer Nähe nicht wollen (wobei auch diese Einstellung hinsichtlich des Wertverlustes von Immobilien verständlich ist). Der Umgang mit Betroffenen folgt bewährten drei Stufen: 1. ignorieren, 2. herabwürdigen, lächerlich machen, 3. zu Gegnern erklären, zu Saboteuren der Energiewende, final zu Nazis.

Es wird die merkwürdige Argumentation bemüht, der Infraschall der WKA könne nicht schaden, da man ihn nicht wahrnimmt. Was man nicht hört, könne nicht schaden. Nach dieser Logik wäre auch Radioaktivität nicht schädlich, denn man spürt sie nicht. Röntgenstrahlung oder Asbest nimmt der Körper ebenfalls nicht wahr, dennoch gelten strenge Schutzbestimmungen. Man ignoriert den Unterschied zwischen Wahrnehmungsschwelle und Wirkschwelle. Es gibt den Vergleich mit anderen Infraschallquellen wie Meeresbrandung oder Autofahrten. Aber wer muss schon dauerhaft im fahrenden Auto schlafen? Zudem wirkt der gepulste Schall der WKA offenbar anders als der von kontinuierlich emittierenden Quellen.

„Deutschland ist das größte Freiluftlaboratorium auf dem Energiesektor“, sagte Christoph Frei, der Generalsekretär des Weltenergiesektores (im Interview des *rbb-Inforadio* am 31. Januar 2015). In diesem Labor sind Wirtschaft und Menschen die Versuchskaninchen. Auch wenn es sich um eine Güterabwägung handelt, sind fahrlässige Körperverletzung und unterlassene Hilfeleistung grundsätzlich strafbar.

Der Staat hat nicht nur eine Schutz-, sondern auch eine Vorsorgeverpflichtung. Das Vorsorgeprinzip wird in Fragen der Gentechnik, von Pestiziden oder der künstlichen Intelligenz ohne klare Beweislagen praktiziert, betreffs der „Erneuerbaren“ jedoch völlig

ignoriert. Weder die Infraschallbelastung noch die Wetter- und Klimaauswirkungen der Anlagen werden zielgerichtet erforscht. Erklärbar ist dies durch die politische Festlegung auf Wind- und Solarenergie als Endstadium energietechnologischer Entwicklung und eine Einengung des Energiemixes auf diese Energiequellen.

Wind und Solar als Endstadium

Die staatliche Ignoranz geht weiter. Abstände zur Wohnbebauung werden weiter verringert. Im Windschatten eines „Gesetzes zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes“ wurden nächtliche Geräuschgrenzwerte um 4 dB angehoben, was etwa einer Verdopplung der Lautstärke entspricht. Man beruft sich auf einen Notfall bei der Energieversorgung auf Basis einer EU-Verordnung. Was tun beim Notfall Windstille?

Die Bürger müssen sich selbst helfen. Betroffene berichten, im Keller zu schlafen, dort sei die Beeinträchtigung geringer. Langfristig wird Landflucht einsetzen, traditionelle Urlaubsgebiete werden an Bedeutung verlieren. Die Branche wird weiter versuchen, die Glaubwürdigkeit Betroffener zu erschüttern. Dagegen stehen die Aussagen europaweit belasteter Menschen, dass sich bei windarmen oder windstillen Wetterlagen die chronischen Beschwerden verringern, die akuten sogar verschwinden.

Ein fürsorgender Staat würde in internationaler Zusammenarbeit für unbeeinflusste, hochkarätige Studien sorgen, er würde angesichts der offensichtlichen Gesundheitsgefahren keinesfalls Abstände zu WKA verkürzen, eher ein Ausbaumatorium verfügen, bis Klarheit über die Auswirkungen besteht. Nichts von alledem wird getan, denn eine Lobby bestimmt den energiepolitischen Kurs. Diesen als „umstritten“ zu bezeichnen, wird den sogenannten Qualitätsmedien allerdings nicht passieren.

Weiterführend:

- Deutsche Schutz- Gemeinschaft- Schall für Mensch und Tier e.V. – Krank durch Infraschall
- Vortrag Dr. Mayer bei You Tube
- Mainzer Studie: Infraschall von Windrädern kann die Herzleistung des Menschen deutlich schädigen
- REM-Schlaf: Windturbinen-Lärm beeinträchtigt den Traumschlaf
- Anschreiben vom 23. Juli 2017
- Anschreiben Klärungsbedarf vom 23. Juli 2017

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Die Abschaffung der Grundlast – die verpasste Chance

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Von Günter Keil

(überarbeitete Version vom 23.9.23)

Immer wieder lohnt es sich, politische Vorschläge sogar aus der etwas jüngeren Vergangenheit auszugraben, weil man dadurch wahre Schätze entdeckt, die leider durch den üblichen Politikerstreit untergepflügt worden sind. Es ging auch schon vor 10 Jahren sehr engagiert um die Energiewende, und da gab es einen wegweisenden Vorschlag, der leider in Vergessenheit geriet.

Ich erinnere an eine Forderung eines bekannten Fraktions-Chefs des Bundestags, die von Ralf Schutt am 12. Nov. 2013 im Internet veröffentlicht wurde (s. Lit. 1), was auf einer Meldung von focus.de beruhte (Lit. 2). Zitat der Mitteilung von R. Schutt: (Titel): „Grünen-Politiker Hofreiter kritisiert Entscheidung zur Energiewende.“ „Grünen Fraktionschef Anton Hofreiter stellt die Aussage von SPD und Union in Zweifel, dass die Energiewende als solche nicht infrage stehe: (Es folgt Hofreiters Kritik): „Das ist ja eine schöne Aussage, wenn dann de facto die Handlungen anders sind“ sagte der Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion am Dienstag im Deutschlandfunk. „Im Moment betreiben wir zwei Systeme parallel: Atomkraft, Braun- und Steinkohle bilden die Grundlast – und obendrauf haben wir noch ein Erneuerbares-Energie-System.“ Das könne nur teuer sein, sagte Hofreiter. Er hält ein anderes System für besser: „Die kluge Methode wäre, wir machen Sonne und Wind als Grundlast.“ Zum Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und Grünen habe unter anderem beigetragen, dass die Union diesen Vorschlag ablehnt, sagte Hofreiter. (Ende des Textes von R. Schutt).

Die beiden Literaturstellen: 1.) E-Mail vom 12. Nov. 2013, „Hochreiter: Die kluge Methode wäre, wir machen Sonne und Wind als Grundlast.“

2.)

<http://www..focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-gruenen-politiker-hofreiter-kritisiert-entscheidung-zur-energiewende-aid-1155635.html>

Dazu einen Kommentar: Die zitierten Aussagen von Herrn Hofreiter enthalten nicht nur eine, sondern zwei bemerkenswerte Feststellungen: Dass ausgerechnet die Grünen damals – allerdings noch in der Opposition

zur Großen Koalition – klar und völlig berechtigt die von der Regierung eingerichtete Energiewende scharf kritisierten, weil wir damit „zwei Systeme parallel betreiben. Was nur teuer sein könne“. Sehr wahr und respektabel. Aber heute haben wir leider nach wie vor diese zwei parallelen, teuren Stromerzeugungssysteme. Nur mit dem Unterschied zur damals bereits kritisierten Situation, dass die Kernkraft abgeschafft wurde und die Kohlekraftwerke bis vor kurzem weitgehend stillgelegt wurden. Das war die von Hofreiter kritisierte falsche Grundlast, und die ist nicht nur in die zweite Reihe herabgestuft, sondern weitgehend ruiniert worden. Ein unerwarteter Erfolg. Aber immer noch braucht man Gaskraftwerke als Lückenbüßer bei Wind- und Solarstrom-Abstürzen – und jetzt auch wieder die erneute geradezu heimliche Inbetriebnahme bereits stillgelegter Kohlemeiler. Und die Windkraft soll massiv ausgebaut werden, was aber leider den großen Blackout erwarten lässt. Ganz so hatte es sich Herr Hofreiter wohl nicht vorgestellt.

Sein entscheidender Vorschlag, einfach Wind- und Sonnenstrom zur Grundlast zu ernennen, erscheint irgendwie genial. Die Physik besteht ja bekanntlich aus Naturgesetzen, aber eben aus Gesetzen, die man doch irgendwann beschlossen hat. Früher wohl durch Erlasse von Herrschern oder später eben durch Mehrheitsentscheidungen in Parlamenten. Und Gesetze kann man selbstverständlich novellieren. Denn sie sind nun einmal Produkte von Juristen.

Dass Herr Hofreiter das ganz ernst meinte, bekräftigte er mit den bedauernden Worten, „dass die Union diesen Vorschlag abgelehnt hat. Genau diesen. Es gab keinen anderen...Es kann angenommen werden, dass die Union diesen Vorschlag nicht etwa deshalb abgelehnt hat, weil er irre ist, sondern weil er von der Opposition kam. Das Parlament besteht auch jetzt zu 70 % aus Juristen. Und drastische Gesetzesänderungen sind stets unbeliebt.

Was die Entzauberung der vermeintlichen Naturgesetze betrifft, ist es allerdings mit der Umkehrung von Grund- und Spitzenlast bei der Stromversorgung noch nicht getan, so gut auch Hofreiters Ansatz ist. Auch die Meteorologie muss jetzt von Tabus gesäubert werden: Dass Solarstrom angeblich nicht nachts erzeugt werden kann und Windkraft nicht bei Flaute, ist nicht akzeptabel. Diese Behauptungen werden stets als Begründungen in der Grundlast-Debatte angeführt.

Ein weiteres Manko unseres ganzen Energiesystems ist die Diskriminierung der freien Erfinder, die sich gerade damit besonders befassen. Nahezu unzählig sind bereits die Erfindungen des Perpetuum Mobiles 1. Art – also der Maschine, die ohne Betriebsstoffe unbegrenzt Energie erzeugen kann. Das Patentamt lehnt sogar die Annahme und Prüfung dieser Erfindungen ab und man behauptet, dass deren Begründung fast immer mit der Aussage „Gestern ging`s noch“ vorgelegt wird. Aber der rheinländische Spruch „Von nix kommt nix“ kann ja wohl nicht die einzige Entscheidungsgrundlage dieses Amtes bleiben. Das Energieproblem wäre schließlich für alle Zeiten gelöst.

Die Physik ist bisher leider als unantastbarer Teil der sogenannten Naturgesetze missverstanden worden. Das Problem besteht nur darin, dass sowohl verstockte Elektrotechniker (wie der Autor dieser Zeilen) sowie der gesamte Rest der bisherigen Fachleute schwer zu überzeugen sind.

Dabei wäre es doch zu schön, wenn man zum Beispiel auch Newtons Gesetze einfach abschaffen würde. Dann wäre ich endlich die verdammte Schwerkraft los.

Klimaschwindel: Auch Ex-MDR-Wettermann packt bei AUF1 aus!

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Gleich die erste Folge der neugestalteten Sendung „Lagebesprechung AUF1“ mit Dietmar Heuritsch hat es in sich: Während in den Systemmedien von früh bis spät die angeblich drohende Klima-Katastrophe beschworen wird, zeigt AUF1 das System hinter der Propaganda auf.

Fünf hochkarätige Studiogäste diskutieren die Frage „Deindustrialisierung, Auto-Verbot, CO2-Diktatur: Wohin führt die Klima-Hysterie?“. Dabei decken sie auf, was wirklich hinter der Klimahysterie steckt: Ein geschickt inszenierter Schwindel, hinter dem handfeste politische und wirtschaftliche Interessen der Globalisten stehen.

Thomas Globig war 20 Jahre lang der Wettermann beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Bei der Premierensendung der neuen „Lagebesprechung AUF1“ äußerte sich der Meteorologe erstmals im Fernsehen kritisch zur Klima-Hysterie. Globig erklärt, wie beim Wetter getrickst wird, um es für die Panikmache zu missbrauchen. „1911 gab es in Deutschland Temperaturen von 38 Grad und mehr. Da hat sich keiner Gedanken gemacht über einen Hitze-Lockdown. Die hohen Temperaturen gab es schon immer“, sagt Globig. Satelliten würden die Bodentemperaturen vom Weltraum aus messen. „Natürlich ist die Bodentemperatur viel höher, wenn die Sonne draufknallt. Wetterstationen hingegen sind in zwei Meter Höhe angebracht. Dadurch sind deutliche Abweichungen möglich.“

CO2 gehört zu Erde und Natur

Historiker Dr. Holger Thuß ist Präsident des „Europäischen Instituts für Klima & Energie“ (EIKE), das die These vom menschengemachten Klimawandel grundsätzlich in Frage stellt. Er ist überzeugt davon, dass ausschließlich die Natur für globale Klimaveränderungen verantwortlich ist. „CO2 ist nichts Schädliches, sondern gehört zur Erde und zu unserem

Sonnensystem. Wenn Politiker gegen CO2 kämpfen, kämpfen sie eigentlich gegen die Natur.“

Ökonom Dr. Eike Hamer von Valtier ist Vorstand im Mittelstandsinstitut Niedersachsen und Herausgeber von „Wirtschaft aktuell“, dem renommierten Informationsbrief über Hintergründe von Politik und Wirtschaft. Er betrachtet die Klima-Hysterie als eine orchestrierte Panikmache, hinter der handfeste Machtinteressen der globalen Netzwerke stehen: „Es geht wie immer um Macht und Geld.“ Mit dem CO2-Trick sollen letztendlich planwirtschaftliche Strukturen wie in der Sowjetunion geschaffen werden, die den Globalisten-Zirkeln totale Kontrolle und damit den Machterhalt garantieren sollen.

AUF1-Journalistin Kornelia Kirchwegger, ehemalige Pressemitarbeiterin im österreichischen Bundeskanzleramt, erzählt, wie man staatliche Funktionsträger dort „auf Linie bringt“. Die langjährige Beobachterin der internationalen Klimawandel-Propaganda sagt, dass Politiker heute nur noch in einer Blase leben würden: „Das Volk ist ihnen egal.“

Der Beitrag erschien zuerst bei PI hier